



EUROPAS GESTALTUNGS- POTENZIAL NUTZEN

DIE EU KANN PROBLEMLÖSER SEIN, WENN SIE SICH VON DER MARKTGLÄUBIGKEIT VERABSCHIEDET

Seit geraumer Zeit erweist sich die EU als unfähig, mit zentralen Herausforderungen eines entgrenzten Finanzkapitalismus, dem Verlust des Aufstiegs- und Wohlstandsversprechens und zunehmenden globalen Risiken gestalterisch umzugehen. Sie zeigt sich auch weder immun noch hat sie ein Rezept gegen das vereinfachende Freund-Feind-Schema als Lösungsangebot für alle Krisen, das die Rechtspopulisten quer über den Kontinent mit Erfolg propagieren. Das Ergebnis der Europawahlen 2019 führt zur erschwerten Koalitionsbildung im Europäischen Parlament, nachdem dem

Rat die Kompromissfähigkeit schon lange abhanden gekommen ist.

Im Konkreten findet die EU keine nachhaltigen Antworten auf aktuell drängende politische Konfliktherde: Die Reform der krisengeschüttelten Währungsunion ist abseits der (noch unvollständigen) Bankenunion seit acht Jahren ohne klaren Fahrplan. Die soziale Spaltung des Kontinents vertieft sich zusehends, da soziale Konvergenz ein sekundäres und optionales Ziel bleibt. Ein einheitlicher Umgang mit Geflüchteten und Wirtschaftsmigran-



Das Ergebnis der Europawahlen 2019 führt zur erschwerten Koalitionsbildung im Europäischen Parlament, nachdem dem Rat die Kompromissfähigkeit schon lange abhanden gekommen ist.



Auf der Suche nach der verlorenen Kompromiss- und Beschlussfähigkeit in der EU fallen zwei Aspekte auf: Zum einen erscheinen die großen Krisen als Sequenz von Entwicklungen in die falsche Richtung, in der jeder Schritt die Kooperationsbereitschaft gesenkt hat.

ten scheitert an nationalen Egoismen und der Diskursveränderung durch die Rechtspopulisten. Europa bewegt sich erst dann, wenn akute Zuspitzungen dringenden Handlungsbedarf erfordern und hangelt sich von Fall zu Fall, ohne ein geordnetes Ganzes erkennen zu lassen. Erst wenn der Druck unerträglich groß ist und eine kritische Masse der ach so stolzen Mitgliedstaaten, die in Brüssel ihre nationalen Interessen verteidigen, ernsthaft fürchten muss, die Folgen ihrer unkooperativen Politik könnten sich gegen das eigene Land wenden, kommt es zu einer Vereinbarung mit den Nachbarländern.

METAKONFLIKT ZWISCHEN MARKTGLÄUBIGKEIT UND POLITIKGESTALTUNG

Auf der Suche nach der verlorenen Kompromiss- und Beschlussfähigkeit in der EU fallen zwei Aspekte auf: Zum einen erscheinen die großen Krisen als Sequenz von Entwicklungen in die falsche Richtung, in der jeder Schritt die Kooperationsbereitschaft gesenkt hat. Die verschleppte und mit falscher Medizin behandelte Eurokrise hat die soziale Spaltung der Union in bislang nicht gekanntem Maße hervorgerufen. Zunehmende soziale Ungleichheit und ein konditioniertes Verständnis von Solidarität sorgten schließlich in der Migrationskrise für unbefriedigende Antworten der Staatengemeinschaft und nationale Alleingänge. Zum anderen gruppieren sich die Konfliktfelder Stabilitätsunion vs. Fiskalunion (Reformbaustelle Währungsunion), Wettbewerb vs. Konvergenz (soziales Europa) und Allokation vs. Integration (Umgang mit Migration) alle um den Metakonflikt zwischen Marktgläubigkeit und Politikgestaltung.

Das marktliberale TINA-Prinzip („there is no alternative“) hat sich über die Jahre offenbar so in den Köpfen festgesetzt, dass politische Gestaltungsoptionen in immer kleineren Bewegungsradien gedacht werden. Doch die Existenz von Alternativen auf der jeweils anderen Seite der hier genannten Konfliktfelder überführt diese Denke als Folge eines von falschen Annahmen geprägten Blicks auf die gesellschaftliche Realität. Diese Realität meldet sich entsprechend kritisch und seit dem „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) nach dessen Offenbarungseid in der globalen Finanzkrise zunehmend laut zurück. „Das Aufbegehren in der regressiven Moderne“ (Oliver Nachtwey) nimmt dabei verschiedene Formen an. Beispiele sind etwa die wachsende Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz, verschärfte Medien-, Eliten- und Systemkritik, der Niedergang der Volksparteien und der Aufstieg der Rechtspopulisten. Wo die Politik in Reaktion auf diese Phänomene mit Ignoranz nicht weiterkommt, entwickelt sie politischen Aktionismus. Doch dieser bewegt sich meist wieder in den engen Bahnen des bereits für Marktlösungen Durchdachten. Die Botschaften an die Bürgerinnen und Bürger tragen dann oft messianische Züge wie etwa in der Austeritätspolitik: Das Heil wird kommen, der Gürtel muss nur um ein letztes Loch noch enger geschnallt werden.

SCHRITTWEISE KOOPERATION STATT AD HOC-KRISENMODUS

In der Debatte über Europas Zukunft ist es etwas aus der Mode gekommen, von kleinen und sachdienlichen Schritten der Integration zu sprechen. Diese

einst nach dem „Gründervater der Europäischen Integration, dem französischen Cognac-Unternehmer und Regierungsbeamten Jean Monnet, benannte Methode bildete seit dem von ihm ausgefeilten und für seinen Außenminister vorbereiteten Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 das Erfolgsmodell der institutionalisierten Zusammenarbeit auf dem Kontinent.

Doch Monnets Rezept sektoraler Vergemeinschaftung wurde als Ausgangspunkt für weitere Integrationsschritte funktional überinterpretiert. Grund dafür war der Überschwang der Integrationseuphorie der ausgehenden 1980er und die Erzählung von der zu erwartenden Friedensdividende nach dem „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) in den beginnenden 1990er Jahren. Nur so ist erklärlich, wie François Mitterand und Helmut Kohl auf einen Automatismus vom vervollständigten und erweiterten Binnenmarkt über die Währungsunion hin zur Politischen Union setzen konnten. Der Katzenjammer folgte schnell und mit der Überforderung der losgetretenen Integrationsprojekte wuchs die Kritik an ihnen. Nachdem sie erst überinterpretiert wurde, kam es bald zur völligen Entfremdung von der Méthode Monnet. Im Verfassungskonvent sollte das ganz große Rad der Integration gedreht werden. Alle sich seit dem Scheitern des von ihm erarbeiteten Verfassungsvertrags 2005 einstellenden Krisen der EU lassen die Rufe nach neuen, nach (vor- oder rückwärts) weitreichenden, vor allem aber einfachen Bauplänen für den künftigen europäischen Integrationsprozess lauter erschallen. Doch „mehr“ oder „weniger“ Europa, ein Integrationsprung in die Föderation oder ein



Desintegrationschock durch Rückkehr zum Nationalstaat helfen uns nicht bei der Bewältigung des zentralen Konflikts zwischen Marktgläubigkeit und Politikgestaltung, der die EU im Modus des Lavierens gefangen hält.

ES GEHT NICHT UM „MEHR“ ODER „WENIGER“ EUROPA

Statt sich mit den Details unausgelegener Architektenentwürfe zu großkonzeptionellen Zukunftsbauten zu beschäftigen, benötigt die EU heute konkrete und sachdienliche Schritte zur Überwindung ihrer Krise(n) und Bestimmung ihrer Rolle als politische Gestaltungskapazität. Dabei ist eine Besinnung auf die Aktualität der Methode Monnet hilfreich. Das würde bedeuten, sich von hochfliegenden Plänen eines Komplettumbaus der EU, von Blütenräumen europäischer Bundesstaatlichkeit ebenso wie vom großen Nationalzauber zu verabschieden. Ihre Staatswerdung steht ebenso wenig auf der Agenda wie ihre partielle oder gar vollständige Abwicklung. Die Illusion

eines Zurück zum Nationalstaat der 1960er Jahre zerplatzt an seiner Unvereinbarkeit mit der Moderne und seiner Hilflosigkeit gegenüber globalen Problemen. Nötig ist stattdessen die Konzentration auf das Naheliegende. Von dem Vielen, was in der Europapolitik der letzten 30 Jahre schiefgelaufen ist, zeigt die Analyse eine Konstante: ein zu unkritisches Verlassen auf den gemeinsamen Markt und seine Optimierungsprozesse bei Vernachlässigung des politischen Gestaltungspotenzials. Für die Mitgliedstaaten war es immer einfacher, Grenzen, Zölle und nationale Währungen aufzugeben, als transnationale politische Strukturen, Institutionen und Regeln zu schaffen. Doch die Politische Union kommt nicht von allein.

WIE KANN EUROPAS GESTALTUNGSPOTENZIAL NUTZBAR GEMACHT WERDEN?

(1) Die Währungsunion vollenden

Als Stabilitätsunion ohne Korrekturen an ihrer Maastrichter Architektur ist die Eurozone zum dauerhaften Krisenmodus



Statt sich mit den Details unausgelegener Architektenentwürfe zu großkonzeptionellen Zukunftsbauten zu beschäftigen, benötigt die EU heute konkrete und sachdienliche Schritte zur Überwindung ihrer Krise(n) und Bestimmung ihrer Rolle als politische Gestaltungskapazität.



Die EU ist das falsche Feindbild, wenn ihre Krisenhaftigkeit und Entscheidungsschwäche beklagt und Globalisierungsverdross, Abstiegsangst und Zukunftssorgen bei ihr abgeladen werden. Es waren die Mitgliedstaaten, die mit nationaler Deregulierung und marktschaffenden europäischen Verträgen der marktliberalen Dominanz das Tor aufgestoßen haben.

oder zum Scheitern verurteilt. Ihr Umbau zu einer Fiskalunion erfordert drei unabdingbare Instrumente: Erstens einen europäischen Stabilisator zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks – zum Beispiel eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zweitens Garantien der geteilten Risikoübernahme im Krisenfall – in Form der vollständig umgesetzten Bankenunion und einer Gemeinschaftsanleihe. Drittens die frühzeitige Verhinderung makroökonomischer Ungleichentwicklungen durch einen neuen Makrodialog als Europäische Wirtschaftsregierung.

(2) Das Europäische Sozialmodell verteidigen

Im derzeitigen Wettbewerb der Wohlfahrtsstaaten um niedrige Löhne, Steuern und Sozialabgaben werden nicht nur die nationalen Systeme geschädigt: Die EU schleift mit den hohen sozialen Standards eines ihrer wichtigsten und spezifischsten Besitztümer. Die Asymmetrie der europäischen Integration zwischen Marktschaffung und Marktgestaltung kann behoben werden, indem die Europäische Säule sozialer Rechte in einem Sozialprotokoll Vertragsrang erhält und so den Binnenmarktfreiheiten gleichgestellt wird. In der jährlichen Koordinierung des Europäischen Semesters sind soziale, beschäftigungs- und bildungspolitische Aspekte durch

Mindeststandards und Zielwerte zu stärken, die den nationalen Entwicklungen Rechnung tragen. Dies ist zum Beispiel durch eine Mindestlohnnorm bei 60 Prozent des jeweiligen Medianlohns umsetzbar. In der Eurozone ist der Fokus auf Haushaltspolitiken mit einem Sozialen Stabilitätspakt zu balancieren, dessen Verletzung ein soziales Ungleichgewichtsverfahren ermöglicht.

(3) Integration als europäische Investitionsagenda ermöglichen

Über Dringlichkeitslösungen hinaus wird es heute keinen Konsens für ein System zur Umverteilung von Asylbewerbern geben. Dagegen muss das gemeinsame Interesse an einem europäischen Außengrenzschutz genutzt werden, um dessen Inhalte über die reine Grenzsicherung hinaus auszubauen und die Asylstandards einander anzunähern. Zugleich sollten legale Wege für hochqualifizierte Arbeitsmigranten nach Europa eröffnet werden, an denen Staaten mit Fachkräftemangel interessiert sind – ihre Auswahl und Quotierung soll Aufgabe der Europäischen Arbeitsagentur werden. Noch wichtiger als der Aufbau einer europäischen Migrationspolitik ist die langfristige Aufgabe einer gelingenden Integration in die Aufnahmegesellschaften. Diese ist inklusiv zu gestalten und könnte von

der EU durch Investitionsgelder zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur unterstützt werden.

EUROPA ZUR GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG NUTZEN

Die EU ist das falsche Feindbild, wenn ihre Krisenhaftigkeit und Entscheidungsschwäche beklagt und Globalisierungsverdross, Abstiegsangst und Zukunftssorgen bei ihr abgeladen werden. Es waren die Mitgliedstaaten, die mit nationaler Deregulierung und marktschaffenden europäischen Verträgen der marktliberalen Dominanz das Tor aufgestoßen haben. Sie können es nur wieder schließen und aus ihrem konfrontativen Modus ausbrechen, wenn Europa ihnen Schützenhilfe durch einen regulierenden Rahmen gibt. Sind die eigenen Krisen überwunden, ist mehr vorstellbar: Von der Finanzmarktregulierung über die Setzung von Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in Handelsabkommen bis zur Gestaltung einer multilateralen Weltordnung. Wo dies nicht mit allen Mitgliedstaaten der EU möglich ist, sollte eine Avantgarde vorangehen. Europa kann die Globalisierung gestalten, denn globale Risiken sind Scheinriesen, wenn ihnen ein entschlossenes gemeinschaftliches Handeln begegnet. //

// Von Prof. Dr. Björn Hacker

Hacker ist Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin. Im J.H.W. Dietz-Verlag erschien von ihm zuletzt: „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren“.